

Eidgenössische Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Bern, 5. August 2016 / AG
VL Steueramtshilfeverordnung

Revision der Steueramtshilfeverordnung (StAhiV)
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen stimmt der Totalrevision der Steueramtshilfeverordnung zu, welche den spontanen Informationsaustausch zu Steuervorbescheiden von Unternehmen präzisiert. Die Einführung des spontanen Informationsaustausches ist notwendig, um den internationalen Standard der OECD umzusetzen; in diesem Fall die Vorgaben des Projekts zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und –verlagerung (*Projekt Base Erosion and Profit Shifting*; BEPS). Der internationale Mindeststandard in Steuerfragen ist aus Sicht der FDP anzuwenden, damit die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz gewahrt bleibt.

Der Bundesrat wird jedoch aufgefordert, die Einführung des spontanen Informationsaustausches mit der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III zu koordinieren. Alle Unternehmen sollen zudem vor der Einführung des spontanen Informationsaustausches die Möglichkeit haben, auf Steuerrulings zu verzichten. Wir halten daher eine Einführung ab 2019 für sachgerecht und eine Rückwirkung wird abgelehnt. Die Schweiz darf des Weiteren bei der Umsetzung nicht Musterschüler spielen und vor allen anderen Staaten Daten austauschen, wenn die Reziprozität des Gegenübers nicht gegeben ist.

Zu Art. 5 Abs. 2 beantragen wir, dass im Zweifelsfall nicht für, sondern gegen den automatischen Informationsaustausch entschieden wird.

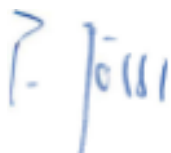
Wir fordern zudem die Steuerbehörden dazu auf, die Unternehmen unmissverständlich darüber zu informieren, welche Sachverhalte unter die Definition eines Rulings (Steuervorbescheid) fallen, insbesondere welche mündlichen Auskünfte neu dem spontanen Informationsaustausch unterstehen werden. Missverständnisse zwischen Steuerbehörden und Unternehmen sollten hierbei im Sinne der Rechtssicherheit verhindert werden, gerade weil sich nun auch ausländische Steuerbehörden in den Konflikten einschalten werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Der Generalsekretär



Petra Gössi
Nationalrätin



Samuel Lanz